

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1970

Ausgegeben am 28. Dezember 1970

100. Stück

- 400.** Verordnung: Änderung der Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1968
- 401.** Verordnung: Abänderung der Verordnung über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1971
- 402.** Verordnung: Feststellung der Aufwertungsfaktoren, der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1971
- 403.** Verordnung: Umlegung von Teilen der Badener Straße, der Schweizer Straße, der Vor-alpen Straße sowie der Wiener Straße auf neu herzustellende bzw. neu hergestellte Straßenteilstücke und Auflassung von Straßenteilstücken der Vor-alpen Straße als Bundesstraße
- 404.** Kundmachung: Beitritt weiterer Staaten zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt

400. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 10. Dezember 1970, mit der die Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1968 geändert wird

Auf Grund des Zollgesetzes 1955, BGBl. Nr. 129, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 142/1957, BGBl. Nr. 68/1959 und BGBl. Nr. 78/1968 wird, und zwar hinsichtlich der Z. 2 und 3 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, und hinsichtlich der Z. 5 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr, verordnet:

Artikel I

Die Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1968, BGBl. Nr. 202, wird geändert wie folgt:

1. Der bisherige Wortlaut des § 4 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“ und folgender Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf Wein der Tarifnummern 22.05 und 22.06 des Zolltarifes 1958.“

2. § 5 hat zu lauten:

„§ 5.

Zu § 68 Abs. 3 des Zollgesetzes 1955

(1) Den Zollämtern erster Klasse wird die Befugnis übertragen, die Ausübungsbewilligung zu erteilen

- a) für Eingangsvormerkverkehre zur vorübergehenden Benutzung, für Eingangsvormerkverkehre zur Erprobung und für Eingangsvormerkverkehre zur Veredlung;
- b) für Ausgangsvormerkverkehre zur Ausbesserung;
- c) für Ausgangsvormerkverkehre zur Veredlung, wenn der Wert der vorzumerkenden Ware 500.000 S nicht übersteigt;
- d) für offene Lager auf Vormerkrechnung.

(2) Die Befugnis nach Abs. 1 gilt nicht für zollermäßigte passive Veredlungsverkehre nach § 90 Abs. 2 Zollgesetz 1955.“

3. § 6 hat zu lauten:

„§ 6.

Zu § 68 Abs. 9 des Zollgesetzes 1955

Die Verpflichtung zur Beibringung von Ausübungsbewilligungen wird aufgehoben für Ausgangsvormerkverkehre zur Veredlung mit nachstehend angeführten Waren österreichischen Ursprungs:

- a) Reifen, Luftschläuche und Felgenbänder der Tarifnummer 40.11 des Zolltarifes 1958 zur Montage auf ausländische, zur Einfuhr bestimmte Fahrzeuge und Geräte aller Art;
- b) Elektromotoren der Tarifnummer 85.01 des Zolltarifes 1958 zur Montage auf ausländische, zur Einfuhr bestimmte Maschinen.“

4. In den § 11 wird folgende neue lit. c eingefügt und die bisherige lit. c erhält die Bezeichnung „d“:

- „c) zwischen Grenzzollämtern im Bereich der Finanzlandesdirektion für Salzburg einerseits und Grenzzollämtern im Bereich der Finanzlandesdirektion für Tirol andererseits, wenn das betreffende Beförderungsmittel die im Abkommen vom 11. September 1955 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den erleichterten Straßendurchgangsverkehr zwischen Salzburg und Lofer über deutsches Gebiet und zwischen Garmisch-Partenkirchen und Pfronten/Füssen über österreichisches Gebiet, BGBl. Nr. 241/1957, vorgesehenen Durchgangsstrecken nicht befahren kann;“

5. § 13 hat zu lauten:

„§ 13.

Zu § 153 Abs. 3 des Zollgesetzes 1955

(1) Die Post- und Telegraphenverwaltung wird von der Verpflichtung, die nachstehend angeführten Postsendungen anlässlich der Einfuhr zu stellen, befreit:

- a) Buchsendungen im internationalen Leih- und Tauschverkehr wissenschaftlicher Bibliotheken, wenn sie von diesen als solche Sendungen gekennzeichnet sind;
- b) Hörbüchereisendungen für Blinde, wenn sie von der Hörbücherei als solche Sendungen gekennzeichnet sind;
- c) Sendungen von Filmmaterial und Tonträgern im internationalen Leihverkehr wissenschaftlicher Hochschulen, Akademien und Bibliotheken, wenn sie von diesen als solche Sendungen gekennzeichnet sind;
- d) Sendungen, für die nach § 52 a Abs. 2 Zollgesetz 1955 dem Versender oder Empfänger eine Befreiung von der Stellungspflicht gewährt wurde, wenn sie vom Begünstigten im Einvernehmen mit der Post- und Telegraphenverwaltung als solche Sendungen gekennzeichnet sind;
- e) Sendungen mit Broschüren und Büchern, sofern der Wert der Sendung 1000 S nicht übersteigt;
- f) Geschenksendungen zum nicht gewerblichen Gebrauch oder Verbrauch des Empfängers, sofern ihr Wert 300 S nicht übersteigt und die Stellungspflicht jeweils zwischen dem 10. November eines Kalenderjahres und dem 10. Jänner des folgenden Kalenderjahres eintreten würde; in der Sendung können auch bis zu 40 Stück Zigaretten oder 10 Stück Zigarren oder

50 Gramm Tabak oder eine Auswahl dieser Erzeugnisse bis zu 50 Gramm und ein Liter Wein enthalten sein.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 lit. e und f finden nur dann Anwendung, wenn die Sendung von einer Zollerklärung begleitet und in dieser vom Absender auch der Wert in arabischen Ziffern angegeben ist; in Abs. 1 lit. f genannte Sendungen müssen zusätzlich in der Zollerklärung als Geschenksendung gekennzeichnet sein.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 1 lit. e und f finden keine Anwendung, wenn nach dem Inhalt der Sendung oder nach der Person des Empfängers der Verdacht besteht, daß es sich hierbei um einen Teil einer einheitlichen Sendung handelt, die nur zum Zwecke der Umgehung der Stellungspflicht geteilt worden ist.“

6. § 16 hat zu lauten:

„§ 16.

Zu § 185 Abs. 2 des Zollgesetzes 1955

Folgende auf dem Arbeitsplatz außerhalb der Amtsstunden durchgeführte Amtshandlungen werden von der Kostenpflicht ausgenommen:

- a) Die in § 140 Zollgesetz 1955 vorgesehenen Amtshandlungen;
- b) die Abfertigung von vorabgefertigten Waren in der Ausfuhr;
- c) die Abfertigung von Massengütern, wie Kohle und Koks, ausgenommen jedoch Holz in der Ausfuhr, im Eisenbahnverkehr.“

7. § 17 hat zu lauten:

„§ 17.

Zu § 188 Abs. 2 und 4 des Zollgesetzes 1955

(1) Die Höhe der Personalkosten wird wie folgt festgesetzt:

für Bedienstete der Zollämter für jede angefangene Stunde	55'— S
für Bedienstete der Zollwache für jede angefangene Stunde	44'— S

(2) Die Höhe der Kommissionsgebühren für Hausbeschauabfertigungen wird wie folgt festgesetzt:

für Bedienstete der Zollämter an Werktagen für jede angefangene Stunde	55'— S
an Sonn- und Feiertagen für jede angefangene Stunde	70'— S
für Abfertigungen zur Nachtzeit (22 Uhr bis 6 Uhr) für jede angefangene Stunde	85'— S

für Bedienstete der Zollwache
 an Werktagen für jede angefangene
 Stunde 44'— S
 an Sonn- und Feiertagen für jede
 angefangene Stunde 56'— S
 für Abfertigungen zur Nachtzeit
 (22 Uhr bis 6 Uhr) für jede ange-
 fangene Stunde 68'— S“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1971 in Kraft.

Androsch

401. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 16. Dezember 1970, mit der die Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1971 abgeändert wird

Auf Grund der §§ 108 d und 108 i des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, und der §§ 32 a, 32 d und 32 f des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 292/1957, beide Gesetze in der Fassung des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, sowie der §§ 24 und 26 des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 28/1970, wird verordnet:

Die Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 228, über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1971 wird unter Bedachtnahme auf Art. I Z. 8 a und Art. III Abs. 1 der 25. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1970, auf Art. I Z. 4 a der 19. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 386/1970, sowie auf Art. I Z. 5 a der 1. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 389/1970, abgeändert wie folgt:

1. Im Art. I Z. 1 ist der Betrag von 266'06 S durch den Betrag von 267'81 S zu ersetzen.

2. Art. I Z. 3 hat zu lauten:

„3. die Aufwertungsfaktoren nach § 108 c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	20,087
1939 bis 1946	17,855
1947	10,044
1948	6,027
1949	5,059
1950	4,017
1951	2,975
1952	2,678
1953	2,530
1954	2,381
1955	2,306
1956	2,202
1957	2,112
1958	2,054
1959	2,009
1960	1,860
1961	1,726
1962	1,593
1963	1,488
1964	1,391
1965	1,287
1966	1,209
1967	1,129
1968	1,071“

3. Im Art. II hat der Eingang zu lauten:
 „Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 3. Juli 1969, BGBl. Nr. 247, bzw. im Art. I Z. 10 lit. b der 24. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 446/1969, angeführten Beträge und unter Bedachtnahme auf Art. I Z. 8 a der 25. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1970, wie folgt festgestellt:“

4. Art. II Z. 4 und 5 haben zu entfallen.

5. Im Art. II Z. 6 ist der Betrag von 639 S durch den Betrag von 644 S zu ersetzen.

6. Im Art. II Z. 9 ist der Betrag von 1051 S durch den Betrag von 1058 S zu ersetzen.

7. Im Art. II Z. 10 ist der Betrag von 1051 S durch den Betrag von 1058 S zu ersetzen.

8. Im Art. II Z. 12 ist der Betrag von 1331 S durch den Betrag von 1340 S zu ersetzen.

9. Im Art. II Z. 14 ist der Betrag von 1331 S durch den Betrag von 1340 S zu ersetzen.

10. Im Art. II Z. 15 ist der Betrag von 443 S durch den Betrag von 446 S zu ersetzen.

11. Art. IV Z. 2 hat zu lauten:

„2. die Aufwertungsfaktoren nach § 32 c des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	20,087
1939 bis 1946	17,855
1947	10,044
1948	6,027
1949	5,059
1950	4,017
1951	2,975
1952	2,678
1953	2,530
1954	2,381
1955	2,306
1956	2,202
1957	2,112
1958	2,054
1959	2,009
1960	1,860
1961	1,726
1962	1,593
1963	1,488
1964	1,391
1965	1,287
1966	1,209
1967	1,129
1968	1,071“

12. Im Art. V hat der Eingang zu lauten:

„Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 3. Juli 1969, BGBl. Nr. 247, in der Fassung der Verordnung vom 24. Feber 1970, BGBl. Nr. 95, bzw. im Art. I Z. 30 lit. c der 18. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 447/1969, angeführten Beträge und unter Bedachtnahme auf Art. I Z. 4 a der 19. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 386/1970, wie folgt festgestellt.“

13. Im Art. V Z. 1 ist der Betrag von 1065 S durch den Betrag von 1072 S zu ersetzen.

14. Art. V Z. 2 und 3 haben zu entfallen.

15. Im Art. V Z. 4 ist der Betrag von 639 S durch den Betrag von 644 S zu ersetzen.

16. Im Art. V Z. 8 ist der Betrag von 443 S durch den Betrag von 446 S zu ersetzen.

17. Im Art. VII hat der Eingang zu lauten:

„Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Bedachtnahme auf Art. I Z. 5 a

der 1. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 389/1970, wie folgt festgestellt.“

18. Art. VII Z. 1 hat zu lauten:

„1. Im § 12 Abs. 4

a) für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 1 Pflichtversicherten

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I	87'60 S	94 S
II	95'75 S	103 S
III	108'50 S	116 S
IV	121'25 S	130 S
V	134'— S	144 S
VI	146'75 S	157 S
VII	166'— S	178 S
VIII	191'50 S	205 S
IX	217'— S	232 S
X	242'50 S	260 S
XI	281'— S	301 S
XII	332'— S	356 S
XIII	383'— S	410 S
XIV	434'— S	465 S
XV	485'— S	519 S
XVI	535'— S	573 S
XVII	580'— S	621 S
XVIII	620'— S	664 S
XIX	655'— S	702 S
XX	669'40 S	717 S

b) für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 2 Pflichtversicherten

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I bis X	87'60 S	94 S
XI	93'70 S	100 S
XII	110'70 S	119 S
XIII	127'70 S	137 S
XIV	144'70 S	155 S
XV	161'70 S	173 S
XVI	178'30 S	191 S
XVII	193'30 S	207 S
XVIII	206'70 S	221 S
XIX	218'30 S	234 S
XX	223'10 S	239 S“

19. Art. VII Z. 2 und 3 haben zu entfallen.

20. Im Art. VII Z. 4 ist der Betrag von 639 S durch den Betrag von 644 S zu ersetzen.

21. Im Art. VII Z. 10 ist der Betrag von 443 S durch den Betrag von 446 S zu ersetzen.

Häuser

402. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 16. Dezember 1970 über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren, der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1971

Auf Grund des § 24 c und des § 46 b Abs. 1 und 6 des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl.

Nr. 27/1964, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 336/1965, 260/1967 und 22/1969 wird verordnet:

Artikel I

Für das Kalenderjahr 1971 werden festgestellt:

1. Die Aufwertungsfaktoren nach § 24 a des Heeresversorgungsgesetzes

für Einkommen im Jahre	mit dem Faktor
1954	2,381
1955	2,306
1956	2,202
1957	2,112
1958	2,054
1959	2,009
1960	1,860
1961	1,726
1962	1,593
1963	1,488
1964	1,391
1965	1,287
1966	1,209
1967	1,129
1968	1,071

2. die Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage nach § 24 b des Heeresversorgungsgesetzes mit 1936 S und 8035 S.

Artikel II

Der im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung BGBl. Nr. 211/1970 für das Kalenderjahr 1971 mit 1,071 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1971 auch im Bereiche des Heeresversorgungsgesetzes verbindlich.

Artikel III

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle der im Heeresversorgungsgesetz genannten Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung BGBl. Nr. 303/1969 angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 23 Abs. 5 statt 259 S mit 277 S, statt 1567 S mit 1678 S, statt 1661 S mit 1779 S, statt 1949 S mit 2087 S, statt 2125 S mit 2276 S, statt 2694 S mit 2885 S, statt 110 S mit 118 S;
2. im § 26 Abs. 1 statt 110 S mit 118 S;
3. im § 26 a Abs. 4 statt 73 S mit 78 S, statt 169 S mit 181 S, statt 288 S mit 308 S, statt 432 S mit 463 S, statt 601 S mit 644 S;
4. im § 27 Abs. 4 statt 1038 S mit 1112 S, statt 1558 S mit 1669 S, statt 2078 S mit 2226 S, statt 2792 S mit 2990 S, statt 3507 S mit 3756 S;
5. im § 27 a Abs. 1 statt 601 S mit 644 S;
6. im § 29 statt 324 S mit 347 S;

7. im § 30 Abs. 2 statt 3246 S mit 3476 S, statt je 1299 S mit je 1391 S;

8. im § 33 Abs. 2 statt 259 S mit 277 S, statt 1053 S mit 1128 S, statt 1180 S mit 1264 S, statt 1328 S mit 1422 S, statt 110 S mit 118 S;

9. im § 35 Abs. 2 statt 1644 S mit 1761 S, statt 1686 S mit 1806 S, statt 1742 S mit 1866 S;

10. im § 35 Abs. 3 statt 259 S mit 277 S, statt 842 S mit 902 S, statt 950 S mit 1017 S, statt 1069 S mit 1145 S;

11. im § 35 Abs. 4 statt 110 S mit 118 S;

12. im § 41 Abs. 2 statt je 259 S mit je 277 S, statt 656 S mit 703 S, statt 1487 S mit 1593 S;

13. im § 42 Abs. 2 statt 259 S mit 277 S, statt 675 S mit 723 S;

14. im § 42 Abs. 4 statt 421 S mit 451 S, statt 682 S mit 730 S, statt 551 S mit 590 S, statt 812 S mit 870 S;

15. im § 44 Abs. 1 statt 240 S mit 257 S;

16. im § 44 Abs. 2 statt 1750 S mit 1874 S, statt 1798 S mit 1926 S, statt 2099 S mit 2248 S, statt 2194 S mit 2350 S;

17. im § 45 statt 259 S mit 277 S, statt 598 S mit 640 S, statt 645 S mit 691 S, statt 1052 S mit 1127 S, statt 1148 S mit 1230 S;

18. im § 46 a statt 601 S mit 644 S;

19. im § 52 Abs. 1 statt 78 S mit 84 S, statt 16 S mit 17 S, statt 26 S mit 28 S;

20. im § 69 Abs. 1 statt 194 S mit 208 S;

21. im Abschnitt VII Abs. 1 Z. 1 bis 3 der Anlage zu §§ 15 und 16 statt 38 S mit 41 S, statt 59 S mit 63 S, statt 78 S mit 84 S.

Häuser

403. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 17. Dezember 1970, mit der Teile der Badener Straße, der Schweizer Straße, der Voralpen Straße sowie der Wiener Straße auf neu herzustellende bzw. neu hergestellte Straßenteilstücke umgelegt und Straßenteilstücke der Voralpen Straße als Bundesstraße aufgelassen werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

1. Das Straßenteilstück der Badener Straße wird im Bereich der Gemeinde Baden von km 22,350 (alt) bis zum Anschluß an die Berndorf-Hernsteiner Straße über die Anschlußstelle Haidhofstraße umgelegt.

Die neu herzustellende Straßentrasse verläuft von km 22,350 (alt) der Badener Straße in west-

östlicher Richtung, überquert die Bahnlinie Wien—Bruck/Mur der Österreichischen Bundesbahnen bei Bahn-km 27,338, führt dann in einem flachen Linksbogen mit einem Radius von $r = 2000$ durch Weingärten und führt weiter südlich des israelitischen Friedhofs in östlicher Richtung. Von dort verläuft sie weiter in einer Geraden und quert die „Franz Gehrrestraße“ Wegparzelle 814/4 in einer Entfernung von 40 m von deren nördlichen Rand. Der Anschluß an das öffentliche Wegenetz erfolgt sodann über die neu herzustellende Anschlußstelle Haidhofstraße, über welche die Verbindung mit der bereits fertiggestellten neuen Trasse der Badener Straße erfolgt. Der neu herzustellende Straßenzug erhält zwei 7 m breite Richtungsfahrbahnen, welche von je zwei 0'50 m breiten Randstreifen begrenzt sind. Die beiden Fahrbahnen werden von einem 4'5 m breiten Mittelstreifen getrennt und mit je 1'50 m breiten Banketten versehen;

2. im Zuge der Einbahnregelung des Verlaufes der Schweizer Straße und der Wiener Straße im Bereich der Stadtgemeinde Bregenz wird die Richtungsfahrbahn zur Staatsgrenze der Bundesrepublik Deutschland der Schweizer Straße ab der Einbindung in die Inselstraße auf die Straßenstrecke Inselstraße—Rathausstraße über den Kornmarktplatz bis zur Einbindung in die Wiener Straße mit einer Ausüstung, welche über die Rathausstraße zur Schweizer Straße verläuft, umgelegt;

3. die Voralpen Straße wird im Bereich der Gemeinde Kremsmünster von km 56,770 (alt) bis km 58,530 (alt) und von km 58,620 (alt) bis km 58,700 (alt) auf neu hergestellte Straßenteilstücke umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen.

Moser

404. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 11. Dezember 1970 betreffend den Beitritt weiterer Staaten zum Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt

Nach Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sind folgende Staaten dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 (BGBl. Nr. 97/1949, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 292/1968) beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:	Datum des Inkrafttretens:
Ungarn	30. September 1969	30. Oktober 1969
Südjemen	28. Jänner 1970	27. Feber 1970
Mauritius	30. Jänner 1970	1. März 1970
Sowjetunion	15. Oktober 1970	14. November 1970

Kreisky